

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 34 – Beschluss zur Aufarbeitung von Vorkommnissen in Einrichtungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 019.19 / 23.01.2019

Anerkennung, Aufarbeitung und Unterstützung

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleg*innen,

lassen Sie mich am Anfang meiner Rede eines feststellen: Das, was in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Schleswig passiert ist, macht uns alle fassungslos. Kinder und Jugendliche, die sich in der Obhut des Landes befanden, sind geschlagen, gequält und misshandelt worden.

Für uns sind drei Aspekte besonders wichtig: Anerkennung, Aufarbeitung und Unterstützung. Zur Anerkennung: Auf dem Symposium Ende November haben Betroffene von dem Leid und dem Unrecht, das ihnen zugefügt worden ist, berichtet. Es ist ihnen wichtig gewesen darüber berichten zu können. Es ist ihnen wichtig, dass anerkannt wird, dass es Unrecht war. Anerkennung ist wichtig für den Versuch, das Erlebte und Erlittenen zu verarbeiten. Unser Dank gilt den Betroffenen, die den Mut und auch die Tapferkeit hatten, über ihre schlimmen Erfahrungen zu berichten. Das war bestimmt nicht leicht und sehr belastend.

Kommen Wir zur Aufarbeitung. Zur Aufarbeitung haben wir Grüne eine klare Linie: Alles, was passiert ist, muss auf den Tisch. Die Betroffenen berichten von Medikamentenversuchen, von körperlicher und von sexueller Gewalt. Das sind schlimme Verstöße gegen ihre Menschenrechte. Wir erwarten, dass lückenlos aufgeklärt wird. Wir erwarten, dass das Land Verantwortung übernimmt. Unser Sozialminister Heiner Garg hat dies öffentlich für die Landesregierung getan. Darüber hinaus hat Heiner Garg eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, die Verjährungsfristen zu verlängern. Beides ist richtig uns für beides gilt unser Dank dem Minister.

Wir Grüne haben uns von Anfang an für eine wissenschaftliche Aufarbeitung eingesetzt. Wie konnte es zu den Geschehnissen kommen? Welche Rolle spielte die Pharmaindustrie? Warum hat die Fachaufsicht nicht funktioniert? Von den Pharmaunternehmen wünsche ich mir, dass sie sich freiwillig an der Aufarbeitung beteiligen.

Kommen wir zur Unterstützung. Wir alle haben nur ein Leben. Die Betroffenen aus der Kinder- und Psychiatrie leiden ein Leben lang unter den sozialen Folgen, den sozialen Auswirkungen der Taten. Ihre Kindheit und Jugend kann ihnen niemand zurückgeben. Auch wir können das leider nicht. Aber wir können sie bei der Bewältigung unterstützen. Und alle diejenigen von uns, die gute Kontakte zu den Kommunen und zu Einrichtungen vor Ort haben, können dabei helfen, andere Betroffene zu erreichen, damit auch sie Unterstützung bekommen.

Schließen möchte ich mit einem klaren Appell an uns alle: Es ist unsere Verantwortung, dass Kinder und Jugendliche, die sich in der Obhut des Landes befinden, gewaltfrei aufwachsen. Menschenrechte gelten immer und überall. Und es ist unsere Aufgabe dazu beizutragen, dass sie eingehalten werden.
